

Zürich

Kampf um den Regierungsrat (2) Er macht Politik aus Leidenschaft. Aber Mario Fehr (SP) redet auf zu vielen Kanälen, und sein Geltungsdrang hat etwas Anstrengendes. Detailarbeit ist keine seiner Stärken. Von Jean-Martin Büttner

Der Empfindliche

Kaum ist er abgesehen und hat bestellt, redet er los in seiner fugenlosen Art, als müsse er eine Schutzmauer von Ansichten und Absichten um sich herum aufbauen. Ein Thema gibt das nächste, eine Überzeugung jagt die andere. Dass er so gern Politik mache zum Beispiel, «weil ich den Kontakt zur Bevölkerung mag». Dass er mehr Polizei will, «weil ich das Gewaltmonopol des Staates unterstütze». Dass er als Jugendvorstand und Erzieher und Berufsschullehrer immer einen intensiven Kontakt zur Jugend gehabt habe, «auch wenn ich nicht immer weiss, wie die Jugend tickt». Dass er sich für ein freies Tibet engagiere, «weil ich dort und in anderen asiatischen Ländern eine Spiritualität erfahren habe, die mir naheging». Dass er bei seinen Kandidaturen nicht auf sicher gehe, wie immer wieder behauptet werde, «ich habe nämlich schon ein paar Mal verloren».

Der Ermöglicher

So redet es unentwegt aus ihm heraus. Dabei klingt Mario Fehr nicht recht-haberisch oder aggressiv, er hat einfach unglaublich viel zu erzählen über das, was er alles so denkt und findet. Ausserdem will er keine Mauern bauen, er will auf die Leute zugehen. Er will nicht blockieren, er will ermöglichen. Er ist kein Zyniker, er ist ein Macher. Darum ist der Jurist und Familienvater auch Politiker geworden: erst in seiner Gemeinde Adliswil, dann im Kantonsrat und seit bald zwölf Jahren im Nationalrat. Im April dürfte Mario Fehr in den Zürcher Regierungsrat vorstossen.

Wie geschickt der 52-jährige Sozialdemokrat sich der Öffentlichkeit empfiehlt, liess sich unlängst an einer Wahlveranstaltung im Hirschen von Hinwil erleben. Die Regierungsräte machten einen staubigen Eindruck, Mario Fehr sprach mit Verve. Er argumentierte anschaulich und brachte seine liebsten Themen in immer neuen Varianten vor: mehr Sicherheit für die Bevölkerung, mehr Unterstützung für die Mittelklasse, mehr Geld für Jugend und Bildung. Und natürlich mehr Zürich in Bern. Fehrs schriftliche Voten und Texte lesen sich bieder und glanzlos; am besten ist er immer, wenn er reden kann.

Der Dauerredner

Und er redet auf allen Kanälen. Mario Fehr betreibt Medienarbeit im Akkord: mit Zeitungskolumnen und gestaffelten Auftritten bei TeleZüri, mit seinem Zugehen und Anrufen und Einreden auf die Journalisten, die ihn deswegen immer wieder als Nervensäge empfinden. Genauso hat man ihn auch im Nationalrat in Erinnerung. Immer wenn in Lhasa ein Stein nicht mehr auf



Kann und will nicht aus seiner Haut: Mario Fehr. Foto: Dominique Meienberg

dem anderen stand und in Bern die Session am Laufend war, gab es in der Wandelhalle Tibet-Alarm. Wer sich nicht in Sicherheit brachte, wurde von Mario Fehr tibetisiert. «Das Thema bereitet mir schlaflose Nächte», sagt er dazu - «umso mehr, als man auch in unserem Parlament den chinesischen Druck immer stärker spürt.»

Wer seine Meinung zu oft verkündet, schwächt ihre Wirkung. Die Medienpräsenz überwiegt dann das politische Gewicht. Fehr sieht das natürlich anders. Er kommt aber immer wieder auf die Kritik zurück. Sagt, er sei in den letzten Jahren ruhiger geworden. Sagt, er dränge sich den Medien nicht auf. Bekennt, seine

Fernsehauftitte stark eingeschränkt zu haben. Auch könne er viel besser mit Kritik umgehen.

Der Anstrengende

Letzteres stimmt nur bedingt: Mario Fehr wirkt empfindlicher, als er von sich selber glaubt. In seinem treuerhizigen Blick drückt sich auch Unsicherheit aus. Sein Bedürfnis nach Kontakt ist ebenso gross wie das nach Anerkennung. Diese Verletzlichkeit macht ihn auch sympathisch, der Mann ist kein kalter Mensch. Aber sein Geltungsdrang hat etwas Anstrengendes, und sein Populismus wirkt mitunter befremdlich.

Auch täuschen seine Auftritte nicht darüber hinweg, dass der Zürcher in der SP-Fraktion keine bestimmende Rolle spielt. Mario Fehr hat sich auf die Sicherheits-, Aussen- und Bildungspolitik spezialisiert und in den entsprechenden Kommissionen legiferiert. Die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin sitzt mit ihm seit Jahren in zwei Kommissionen, ist von ihm allerdings wenig beeindruckt: «Er ist ein lieber Kerl, aber als Politiker eher oberflächlich. Ihn interessieren die Auftritte mehr als die Details.»

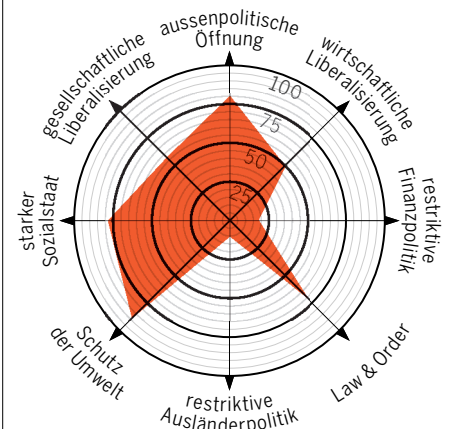
Der Konfliktscheue

Politisch stimmt Fehr mit dem rechten Parteiflügel, wenn es um Armebeschaffungen geht, und er hat auch für die UBS-Nothilfe votiert. Als EU-Befürworter votierte er für Schengen, Personenfreizügigkeit und die Ostmilliarde, denkt in gesellschaftlichen Fragen liberal, unterstützt Schwule und Lesben, die Entkriminalisierung von Cannabis.

Beim Umweltschutz und in der Aussenpolitik denkt er links. Dass sein Profil weniger klar ist, als seine vielen Auftritte vermuten lassen, hat mit seinem Sicherheitsdenken in eigener Sache zu tun. Der offen deklarierte Konsenspolitiker hat sich in seiner bisherigen Karriere nicht durch besonderen Mut hervorgetan. «Er kann sich nicht durchsetzen, und er ist konfliktscheu», hört man aus seiner eigenen Partei.

Ob er die Führungsstärke hat, um in der Zürcher Kantonsregierung eine Direktion zu leiten, wird Mario Fehr nach seiner allfälligen Wahl noch zu beweisen haben. An seiner Motivation ist nicht zu zweifeln. Und dass er mit seinen mutmasslichen Kolleginnen und Kollegen gut auskommen wird, merkte man schon im Hirschen von Hinwil. Der Kandidat lobte die Arbeit der Zürcher Regierung weit mehr, als er sie kritisierte. Er könne nicht aus seiner Haut, sagt er dazu; «ich will es auch nicht».

Politisches Profil von Mario Fehr, SP



Der Smartspider ist der politische Fingerabdruck der Kandidierenden auf Grund des Smartvote-Fragebogens mit rund 60 Fragen zu acht Sachthemen. Je näher ein Wert bei 100 liegt, desto grösser ist die Zustimmung zum jeweiligen politischen Ziel. Welcher Kandidierende passt zu Ihnen? www.smartvote.tagesanzeiger.ch

TA-Grafik str / © www.sotomo.geo.unizh.ch

Neun private Fragen Mario Fehr (SP)

Was ist Ihr Lieblingszitat?

«Nur wer sich ändert, bleibt sich treu» – vom deutschen Liedermacher Wolf Biermann.

Welche Motorfahrzeuge stehen in Ihrer Garage?

Ich habe weder Garage noch Motorfahrzeug. Dafür ein Mountainbike im Veloraum.

Welches ist Ihre liebste TV-Unterhaltungssendung?

«Two and a Half Men»

Letzte Feriendestination?

Vals und London.

Was kochen Sie, wenn Sie selber am Herd stehen?

Risotto mit viel Gemüse und wenig Käse.

Wie viel Geld haben Sie im Portemonnaie?

Fr. 82.60.

Politisches Vorbild?

Willy Brandt.

Ihr letztes Geschenk an Ehefrau Anna Maria Riedi?

Ein feines Nachtessen in ihrem Lieblingsrestaurant – meine Kochkünste sind limitiert.

Ihr schlimmster politischer Fettnapf?

Bei einem offiziellen Essen mit der tibetischen Exilregierung im nordindischen Dharamsala habe ich mit meiner Serviette unabsichtlich eine Fliege zerdrückt – und dies direkt unter den Augen eines buddhistischen Mönchs.

Sozialrichter klagen gegen den Kantonsrat

Zürich - Die Richter am Sozialversicherungsgericht in Winterthur verdienen weiterhin rund 30 000 Franken weniger als ihre Kollegen am Ober- und Verwaltungsgericht in Zürich. Der Kantonsrat hat gestern einen Antrag von SP und FDP zur Gleichstellung mit 86:78 Stimmen knapp abgelehnt. «Wir prüfen nun eine Klage», sagte Präsident Hans-Jakob Mosimann. Abgelehnt wurde die Gleichstellung durch eine Mehrheit von SVP, GLP und fünf Grünen. Die grünen Abweichler gaben den Ausschlag. Esther Hildebrands (Illnau-Effretikon) Argumente: Die Sozialrichter würden mit Löhnen von 212 000 bis 242 000 «auf einem sehr hohen Niveau jammern». Lohnerhöhungen um rund 30 000 Franken seien heute angesichts der Spardebatte im Kanton fehl am Platz.

Elisabeth Derisiotis (SP, Zollikon) argumentierte, das Sozialversicherungsgericht sei von der Verfassung her dem Ober- und Verwaltungsgericht gleichgestellt und der Lohn müsse zwingend gleich sein. Im Rat war der Vorwurf aufgetaucht, dass das Sozialversicherungsgericht diskriminiert werde, weil es «nur» in Winterthur sei und die Mehrheit der Richter Frauen seien. (rba)

Grundstückgewinne weiterhin versteuern

Zürich - Eine Initiative des Hauseigentümergebietes (HEV) zur massiven Reduktion der Grundstückgewinnsteuern wurde gestern vom Kantonsrat abgelehnt. Mit 103:55 Stimmen beschloss der Rat, einen Gegenvorschlag mit geringeren Tarifen auszuarbeiten. Ralf Margreiter (Grüne, ZH) warf dem HEV vor, seine Initiative sei «politisch unredlich», ein «Pfusch», und verschenke den Hauseigentümern jährlich 260 Millionen Franken. Auch rechtlich sei die Initiative nicht haltbar, weil sie die Grundstückgewinnsteuer nach dem 20. Besitzjahr ganz abschaffen wolle; das verstosse gegen Bundesrecht. Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) empfahl dem HEV, «etwas Mathematikunterricht an der Volkshochschule zu besuchen». Es sei sehr wohl sinnvoll, dass der Hauseigentümer Verkaufsgewinne durch gestiegene Standortattraktivität - beispielsweise eine neue S-Bahn - versteuern müsse, weil die Allgemeinheit dafür bezahlt habe. HEV-Präsident Hans Egloff (SVP) argumentierte hingegen, dass ein Teil des Grundstückgewinns reine Teuerung sei. Diese zu besteuern, sei ungerrecht. Wohneigentum zu fördern, sei zudem allerbeste Altersvorsorge. (rba)

Mehr Geld für Betreuung kleiner Kinder

Der Kantonsrat hat die Kleinkinderbeiträge erhöht und die Krippenpflicht für Gemeinden festgeschrieben. Die SVP zögert mit dem angedrohten Referendum.

Von René Donzè

Zürich - Eltern, die wenig verdienen, können heute schon bei ihrer Gemeinde Kleinkinder-Betreuungsbeiträge beantragen. Sie erhalten bis zu 2000 Franken pro Monat, und zwar so lange, bis ihr jüngstes Kind den dritten Geburtstag feiert. Diese Beitragslimite stammt aus den frühen 90er-Jahren und wurde seither nie mehr erhöht. Nun hat der Kantonsrat mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz eine flexiblere Lösung bewilligt.

Statt eines fixen Maximalbeitrags liegt die oberste Limite künftig bei einer dreifachen Waisenrente, also aktuell bei knapp 2800 Franken. Anspruch darauf haben die wenig verdienenden Eltern allerdings auch weiterhin nur dann, wenn sie eine gewisse Zeit für die Betreuung ihrer bis zweijährigen Kinder aufwenden. Neu dürfen Alleinerziehende

höchstens 60 Prozent arbeiten (bisher höchstens 50 Prozent), zusammenlebende Elternpaare wie bisher zwischen 100 und 150 Prozent.

Gegen diese Regelung gewahrt hat sich gestern Eva Gutmann (GLP). Sie sprach von einer «Herdprämie», die Frauen zum Zuhausebleiben animiere. Matthias Hauser (SVP) wandte sich aus anderen Überlegungen gegen diese Erhöhung: «Ich will keinen Ausbau der staatlichen Leistungen.» Demgegenüber forderte die SP eine zwei Jahre längere Bezugsdauer bis zum vollendeten vierten Lebensjahr der Kinder und keine obere Begrenzung der Arbeitspensen der Eltern. Susanna Rusca (SP) bezeichnete die Kleinkinderbeiträge als «Beitrag zur Bekämpfung der Familienarmut». Sowohl SP als auch SVP und GLP unterlagen mit ihren Anträgen.

Krippen-Paragraf gerettet

Überhaupt scheiterten sämtliche Versuche von links und rechts, das Kinder- und Jugendhilfegesetz noch anzupassen. So gelang es der SVP bereits in der ersten Debatte vor drei Wochen nicht, den sogenannten Krippen-Paragrafen aus dem Gesetz zu kippen. Dieser schreibt den Gemeinden ein bedarfsge-

rechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter vor, wie dies die Stimmberechtigten im vergangenen Sommer beschlossen hatten. Die SVP wollte auch verhindern, dass der Kanton Subventionen sprechen kann für Angebote wie Elternnotruf, Scheidungsberatungsstellen und andere Hilfsangebote. Die SP unterlag dafür unter anderem mit ihrem Antrag, die Gemeinden zur Jugendarbeit zu verpflichten. Und sie drang auch mit ihrem Anliegen nicht durch, die sozialpädagogische Unterstützung von Schulabgängern im Gesetz zu verankern.

Das neue Gesetz regelt umfassend die Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe; vom Krippenangebot über die Alimentsubventionen und die Schulsozialarbeit bis hin zur Subventionierung von Institutionen und Gebühren für die Angebote. Ausgeklammert wurde hingegen die stationäre Kinder- und Jugendhilfe. Im Vorfeld der Debatte hatte Matthias Hauser angekündigt, dass die SVP das Referendum ergreifen werde, sollte sie mit ihren Anträgen scheitern. Gestern sagte er, der Entscheid darüber werde erst am 14. März mitgeteilt. Dann wird der Kantonsrat das Gesetz in zweiter Lesung verabschieden.